

Basel, 27. Juni 2017

Weiterentwicklung der Universität Basel

Positionspapier

Die Forderungen der FDP.Die Liberalen Basel-Stadt

Insgesamt:	Die Universität Basel ist ein wichtiger Standortfaktor für die Region und muss entsprechend erhalten und gestärkt werden.
Qualität:	Das Vergütungsreglement der Universität Basel ist anzupassen, um auch „Top-Shots“ nach Basel ziehen zu können.
Drittmittel:	Die Zusammenarbeit mit der Industrie und Wirtschaft ist vermehrt zu suchen. Das Kostensplitting (50% KTI/Uni und 50% Firma) sollte für die Zusammenarbeit mit Startups überprüft werden.
Wachstum:	Eine weitere Stärkung ist nicht über Ausgabenwachstum, sondern über regionale und nationale Zusammenarbeit anzustreben.
Finanzierung:	An der paritätischen Finanzierung ist grundsätzlich festzuhalten. Eine Änderung des Finanzierungsschlüssels kommt höchstens symmetrisch in Frage.
IUV:	Die Interkantonale Universitäts-Vereinbarung (IUV) muss revidiert werden, so dass die Beiträge der Nicht-Standortkantone für ihre Studierenden in Zukunft kostendeckend sind.
Studiengebühren:	Eine angemessene Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende auf Bachelor-Stufe soll geprüft werden, nicht jedoch auf Master- und PhD-Stufe.
Immobilienstrategie:	Unterstützung der wichtigen Investitionen für den Campus Schällemätteli und Prüfung weiterer Zusammenlegungen und Konzentrationen.
Standortwahl:	Bei Neubauprojekten sind Standorte in beiden Basel zu evaluieren. Priorität sollen aber die Bedürfnisse der Universität und deren logistische und betriebswirtschaftliche Argumente haben.
Digitalisierung:	Die Universität soll eine Digitalisierungsstrategie erarbeiten und eine Weiterentwicklung ihres Lehrangebotes prüfen.

Die FDP ist der festen Überzeugung, dass der Universität Basel eine zentrale Bedeutung für den Standort zukommt, sei es als Ausbildungsstätte wie auch für die Forschung, insbesondere in Medizin und Life Sciences. Darüber hinaus ist die Universität ein Wirtschaftsfaktor für die ganze Region, wie die Wertschöpfungsstudie eindrücklich gezeigt hat, indem jeder Steuerfranken für drei Franken Wertschöpfung generiert.

Sie ist mit ihrem stolzen Alter von über 550 Jahren eine der ältesten Universitäten Europas und wird seit 10 Jahren von den beiden Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft getragen. Diese Errungenschaften gilt es zu bewahren, zu festigen und auszubauen, auch wenn angesichts der finanziellen Probleme des Nachbarkantons sich die derzeit laufenden Diskussionen über die nächste

Leistungsperiode als schwierig erweisen. Die FDP. Die Liberalen nimmt diese Diskussion zum Anlass, um ihre Position zur Universität aufzudatieren und nachfolgend zu den Schlüsselthemen der laufenden Diskussion Stellung zu beziehen.

Forderung: Die Universität Basel ist ein wichtiger Standortfaktor für die Region und muss entsprechend erhalten und gestärkt werden.

1. Rankings / Qualität

Trotz grosser Anstrengungen fällt die Universität Basel im Vergleich zu anderen Universitäten laut verschiedenen Studien in den Rankings zurück. Dies ist gemäss der Universität auf verschiedene Faktoren zurückzuführen: mit über 12'000 Studenten ist sie international gesehen relativ klein; zudem kaufen einzelne Hochschulen gezielt „Top-Shots“ ein, die über viele Publikationen verfügen und damit die Rankings verbessern. Durch die aktuelle Salär-Struktur und den aktuellen Budgetrahmen ist es jedoch nicht möglich, wissenschaftliche Top-Forschende nach Basel zu holen. Dies ist gerade für die Bereiche „Life and Agro Science“ und „CIT“ von grosser Bedeutung, sind doch diese beiden Bereiche die strategischen Schwerpunkte der kantonalen Wirtschaftsförderung.

Forderung: Die FDP Basel-Stadt fordert eine Anpassung des Vergütungsreglements, um auch „Top-Shots“ nach Basel ziehen zu können.

2. Drittmittel

Die Qualität respektive das Ranking wirkt sich auch auf die Beschaffung der Drittmittel aus. Die Universität Basel sieht sich als eine der führenden Universitäten für Drittmittel-Beschaffung, wobei diese primär aus staatlichen Mitteln (Kantone, Bund, EU, etc.) bestehen. Die Zusammenarbeit mit der Industrie wie auch mit Startups scheint jedoch unterentwickelt. Es ist fraglich, ob das Kostensplitting bei Projekten zwischen den Universitäten und den Startups nicht verbessert werden könnte. Die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) des Bundes unterstützt Firmen in der Zusammenarbeit mit den Universitäten. Voraussetzung ist jedoch, dass sich die Firma mit 50% an den Projektkosten (Personal, Finanzen, Anlagen, etc.) beteiligt.

Forderung: Die FDP Basel-Stadt erwartet, dass vermehrt die Zusammenarbeit mit der Industrie und Wirtschaft gesucht wird. Professoren, Post-Docs und Studierende sind vermehrt dazu zu motivieren, ihre Forschungsergebnisse zu vermarkten (z.B. mit einer Teilzeitanstellung an der Uni und gleichzeitiger Führung eines Startup-Unternehmens). Das Kostensplitting (50% KTI/Uni und 50% Firma) sollte für die Zusammenarbeit mit Startups überprüft werden.

3. Wachstum / Volluniversität

Die Universität hat über die vergangenen Leistungsperioden die von den beiden Regierungen verabschiedete Wachstumsstrategie verfolgt. Dies war wichtig, um im internationalen Wettbewerb qualitativ mitzuhalten. Nun gilt es aus Sicht der FDP, das erreichte Niveau zu konsolidieren und zu halten. Ein weiteres absolutes Wachstum scheint weder finanzierbar noch notwendig. Stattdessen soll die Spezialisierung weiter über eine Verstärkung der regionalen und nationalen Zusammenarbeit verfolgt werden.

Dies bedeutet keineswegs eine Abkehr von der Volluniversität. Neben dem Schwerpunkt Life Sciences sollen durchaus auch Studien anderer Fakultäten an der Universität Basel studiert werden. Aber dies bedeutet nicht, dass jeder Lehrgang in Basel angeboten werden muss. Das ist schon heute nicht der Fall und soll über Kooperationen mit anderen Universitäten gelöst werden.

Forderung: Eine weitere Stärkung ist nicht über Ausgabenwachstum, sondern über regionale, nationale und internationale Zusammenarbeit anzustreben.

4. Finanzierung

Die Universität Basel weist eine aussergewöhnliche Trägerstruktur auf. Sie ist die einzige Universität in der Schweiz mit zwei Kantonen als Trägern. Die seit dem 1. Januar 2007 geltende gemeinsame Trägerschaft der Universität und die damit verbundene paritätische Finanzierung sind eine Errungenschaft, welche nicht leichtfertig preisgegeben werden darf. Dennoch anerkennt die Basler FDP die Finanzlage des Nachbarkantons Basel-Landschaft und ist daher offen für Diskussionen darüber, wie die Finanzierung der Universität optimiert werden kann.

Die Basler FDP will grundsätzlich an der paritätischen Finanzierung festhalten. Eine Revision des Universitätsvertrages, welche eine Änderung des Finanzierungsschlüssels zwischen den beiden Kantonen vorsieht, kommt für die Basler FDP nur dann in Frage, wenn die Berechnungsfaktoren so gewählt werden, dass sie sich in beide Richtungen auswirken können. So muss es möglich sein, dass bei einer Verschlechterung der Finanzlage im Kanton Basel-Stadt bei gleichzeitiger Verbesserung im Kanton Basel Landschaft auch höhere Beiträge des Kantons Basel Landschaft möglich sind.

Forderung: An der paritätischen Finanzierung ist grundsätzlich festzuhalten. Eine Änderung des Finanzierungsschlüssels kommt höchstens symmetrisch in Frage.

5. Interkantonale Universitätsvereinbarung (IUV)

Die interkantonale Universitätsvereinbarung (IUV) sieht vor, welche Beiträge die Wohnsitzkantone an die Universitätskantone zur Deckung der von ihren Studierenden verursachten Kosten zu leisten haben. Diese IUV-Beiträge vermögen in einigen Studienrichtungen die effektiven Kosten nicht zu decken.

Forderung: Die Basler FDP fordert eine Revision der IUV, wonach die Beiträge der Nicht-Standortkantone kostendeckend sein müssen. Sollten die Wohnsitzkantone eine solche Revision verweigern, unterstützt die Basler FDP den Einbezug des Bundes, um faire Beiträge erwirken zu können.

6. Studiengebühren

Die heute von den Studierenden bezahlten Studiengebühren sind bei weitem nicht kostendeckend. Eine moderate generelle Erhöhung wäre daher durchaus denkbar. Einerseits wären die dadurch erzielten Mehreinnahmen jedoch im Verhältnis zum Gesamtbudget der Universität nicht besonders hoch. Andererseits müssten gleichzeitig, um die Chancengleichheit zu wahren, die Stipendien angemessen erhöht werden, was für die Kantone wiederum Mehrkosten mit sich brächte. Für die Basler FDP erscheint daher eine Studiengebührenerhöhung für inländische Studierende nicht prioritär.

Bei den ausländischen Studierenden ist eine differenzierte Haltung einzunehmen: Es kann nicht Aufgabe der Steuerzahlenden von Basel-Stadt und Basel-Landschaft sein, mit ihren Beiträgen das Studium von ausländischen Studierenden zu subventionieren. Gleichzeitig hat die Universität ein grosses Interesse daran, hervorragende Studierende auf Master- und PhD-Stufe anzuziehen. Es liegt auch im Interesse der Steuerzahlenden, hoch qualifizierte Arbeitskräfte für die Wirtschaft auszubilden, welche insbesondere im bedeutenden Life Science-Sektor stark nachgefragt werden.

Forderung: Die Basler FDP verlangt die Prüfung einer angemessenen Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende auf Bachelor-Stufe, lehnt jedoch eine Erhöhung auf Master- und PhD-Stufe ab.

7. Immobilienstrategie

Die Umsetzung der Immobilienplanung ist für die Entwicklung der Universität von grosser Bedeutung. Einerseits weil nur so sichergestellt werden kann, dass Forschung und Lehre auf Spitzenniveau weitergeführt werden können. Andererseits weil dies grosse Investitionssummen bedingt. Ein Paradebeispiel hierfür stellt der Campus Schällemätteli dar, auf dem ein Life-Science-Cluster mit den

Einheiten der Universität, der ETH und den Universitätsspitalern entsteht. Dieser Verbund ermöglicht interdisziplinäre hochkompetitive Laborforschung bis hin zur klinischen Umsetzung.

Anders sieht es bei den anderen Fakultäten aus. Die Institute der Phil I-Fakultät sind beispielsweise über die ganze Stadt verteilt, oftmals in ehemaligen Wohnhäusern/Büros, die sich nicht optimal für eine universitäre Aufgabe eignen.

Forderung: Die Basler FDP unterstützt die wichtigen Investitionen für den Campus Schällemätteli und fordert, auch weitere Zusammenlegungen und Konzentrationen zu prüfen.

8. Standortwahl

Die FDP Basel-Stadt sieht die Standortfrage nicht in erster Linie als politische Frage, sondern aus Sicht der Bedürfnisse der Universität. Im Zuge von Neubauten, gerade auch bei einer Campus-artigen Zusammenlegung verschiedener Institute, sind selbstverständlich auch Standorte im Kanton Basel-Landschaft zu prüfen.

Forderung: Bei Neubauprojekten sind Standorte in beiden Basel zu evaluieren. Priorität sollen aber die Bedürfnisse der Universität und deren logistische und betriebswirtschaftliche Argumente haben.

9. Digitalisierungsstrategie

In den kommenden Jahren werden sich Gesellschaft und Wirtschaft durch die zunehmende Digitalisierung massiv verändern. Um mit dieser Entwicklung mitzuhalten, gewinnt lebenslanges Lernen immer mehr an Bedeutung. Auch die Universität bleibt von dieser Veränderung nicht verschont. Setzt sie sich frühzeitig mit dem digitalen Wandel auseinander, kann sie wichtige Impulse für Gesellschaft und Wirtschaft liefern. Durch eine Anpassung der Lehrgänge und vermehrte Ausrichtung auf kürzere Grundausbildung, aber dafür regelmässige Weiterbildungsangebote, kann sie ihre Absolventen fit für die digitale Zukunft machen.

Forderung: Die Universität soll eine Digitalisierungsstrategie erarbeiten und eine Weiterentwicklung ihres Lehrangebotes prüfen.

Kontakt:

Stephan Mumenthaler, Grossrat und Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission, 079 593 91 63
Luca Urgese, Parteipräsident, 079 384 07 07